

Wo steht die Rechtschreibreform 1976?

Autor(en): **Hiestand, Wilhelm W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **63 (1976)**

Heft 17

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-531658>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

- Gründliche Ausbildung und Vorbereitung der Lehrer
- Permanente Öffentlichkeitsarbeit, um die Reform populär zu machen.

Quellen

- Kommissionsbericht Pfiffner zur Reform der sanktgallischen Oberstufe, 1973
- Regierungsrätliche Botschaft zum IV. Nachtrag zum EG vom 4. 12. 1973
- Pfiffner L., Gabathuler O., Weiss J.: Referate zur Oberstufenreform in: Rundschau, Nr. 32, 1974, St. Gallen
- Weiss J.: Vorschlag zur Schaffung der Abteilung «Abschlussklassenlehrausbildung im Rahmen der bestehenden Sekundarlehramtsschule St. Gallen» (Eingabe an den Erziehungsrat, 1974)
- Spiess K.: «Übertritt von der Primar- in die Sekundarschule» in: «Der Schule verpflichtet», Festschrift zum Rücktritt von Direktor Dr. Heinrich Roth, St. Gallen, 1975
- Lattmann U. P., Weiss J.: «Reform der Volksschuloberstufe» und «Strukturvergleich der Volksschuloberstufe» in: «Berufsberatung und Berufsbildung», Heft 3/4, Zürich 1974
- Weiss J.: «Probleme zur Unterrichtsdifferenzierung» in: «Der Schule verpflichtet», Festschrift zum Rücktritt von Direktor Dr. Heinrich Roth, St. Gallen, 1975
- Erziehungsdepartement Luzern «Die Orientierungsstufe in kooperativen Schulzentren», Luzern 1973 (Kommissionsbericht von Dr. I. Rickenbacher)
- Roth H., Göttingen, «Jugend und Schule zwischen Reform und Restauration, Berlin, Hannover, Darmstadt 1961.
- Hüppi C.: «Übertrittsverfahren – Zuger Modell» in: «schweizer schule» Nr. 13 und 14/15, 1972
- Hüppi C.: «Erfahrungen mit einem neuen Übertrittsverfahren im Kanton Zug» in: «schweizer schule» Nr. 14/15, 1975 (Sondernummer «Übertrittsverfahren mit oder ohne Test?»)

Wo steht die Rechtschreibreform 1976? *

Wilhelm W. Hiestand

Die Diskussion um die Reform der deutschen Rechtschreibung hat in der Öffentlichkeit viel Beachtung gefunden. Staatliche Stellen, Verbände und Institutionen, Sprachvereine und Einzelpersonen nehmen seit 1973 verstärkt Stellung. W. W. Hiestand von der «Informationszentrale Rechtschreibreform» in 7717 Immendingen/Donau versucht, eine vorläufige Bilanz der Reformbestrebungen zu ziehen:

100 Jahre Reformbestrebungen

1976 sind hundert Jahre seit der Berliner Rechtschreibkonferenz vergangen. Doch die Hoffnung Konrad Dudens, der 1902 im Vorwort seines Wörterbuchs die erreichten Verbesserungen nur als «Abschlagszahlung» auf eine künftige Weiterentwicklung zu einer noch einfacheren Rechtschreibung ansah, blieb bisher unerfüllt. Immer noch ist die Diskussion um richtiges Schreiben nicht beendet. Allerdings sind die Wünsche der re-

former inzwischen, verglichen mit Dudens «Zukunftsortographie» von 1876 oder mit den Zielen des «allgemeinen Fereins für Vereinfachte Rechtschreibung» (ebenfalls von 1876), bescheidener geworden. Doch die Forderungen nach einer sinnvollen Vereinfachung und dem Abbau der Überbewertung der Rechtschreibung verstärken sich, weil der in Schüben auftretende Reformwunsch stets auf mehr Befürworter trifft, da jede Generation die Misere mit der derzeitigen «Schlechtschreibung» von neuem erlebt.

Regelperfektionismus – Rechtschreibunsicherheit

Kaum jemand wird abstreiten, dass wir im deutschen Sprachraum ein bewundernswert gründliches Regelwerk besitzen. Doch dieses zeitigt den Nachteil, dass niemand mehr ohne Wörterbuch richtig schreiben kann. So existieren für die Gross- und Kleinschreibung derzeit etwa 78 Regelungen, für den Bindestrich 50, für den Apostroph und die Silbentrennung je 20 und für das Zusammen-

* aus: Stenographische Rundschau Nr. 8, 1976

und getrenntschreiben gar 83 regelungen. Hunderte von vorschritten existieren, die ständig neue zweifelsfälle schaffen und wiederum zusätzliche regelungen erforderlich machen.

Besonders gegen die unlogischen vorschritten zur gross- und kleinschreibung sträubt sich der gesunde menschenverstand. Wir sollen unterscheiden können zwischen:

wir lieben das Schöne,
alles schöne lieben wir;
das Schwarze Brett,
das braune Brett;
Recht finden,
recht bekommen;
mit Bezug auf,
in bezug auf;
nichts Leichtes,
ein leichtes;
er bedenkt alles Mögliche,
er tut alles mögliche;
sie fährt Auto,
er fährt rad;
das Kleine,
das wenige;
Schuld tragen,
schuld haben;
das Zungen-R,
das Dehnungs-h
usw.

Wir sind die einzigen, die diese regeln heute noch praktizieren. Besonders in der barockzeit war die bis dahin übliche kleinschreibung bzw. regelfreiheit eingeengt worden. Doch die deutschen wurden mit ihrer grossschreibung nie ganz glücklich, und namhafte germanisten (auch Jacob Grimm, der begründer der germanischen philologie) forderten schon frühzeitig die rückkehr zur international üblichen gemässigten kleinschreibung. Sie wird in diesem aufsatz praktiziert, obwohl sie nach meinung einiger reformgegner kaum lesbar ist.

Viele untersuchungen bestätigen, dass rechtschreiben ein ungeeignetes selektionskriterium ist, dass zudem 20 bis 50 % der fehler auf die gross- und kleinschreibung entfallen. Dieser wird innerhalb des rechtschreibunterrichts die meiste zeit gewidmet. Trotzdem sind 96 % der lehrer überzeugt, dass ihre schüler diese regeln nicht beherrschen (1972).

Was wollen die reformer?

Rechtschreibwillkür und grammatische dresur müssen nicht sein. Für eine reform sprechen linguistische, pädagogische, wirtschaftliche und bildungspolitische gründe, die in zahlreichen stellungnahmen verschiedener gremien und verbände dargelegt wurden.

Kernstück einer rechtschreibreform wäre nach der wiesbadener (1958) und den wienener empfehlungen (1973) die einföhrung der gemässigten kleinschreibung. Nur noch die *satzanfänge*, die *eigennamen* (herr Meier, Zürich, die Donau...)

persönl. Anredefürwörter (Sie, Ihnen...) und einige *abkürzungen* (DM, EG, H₂O...) wären dann wie bisher grosszuschreiben.

Ausserdem empfahl die von der kultusministerkonferenz und dem bundesinnenministerium einberufene wiesbadener expertengruppe einstimmig:

einfachere kommaregeln,
abschaffung von doppelformen
und unnötigen zusammenschreiberegeln
sowie die vereinfachung der fremdwortschreibung (also rytmus statt Rhythmus usw.).

Zudem schlugen die kommissionmitglieder die worttrennung nach sprechsilben vor (also pä-da-go-ge, da-ran usw. statt bisher päd-ago-ge, dar-an). Zusätzlich könnten weitere rechtschreibklippen beseitigt werden. So stellten die psychologen R. Jäger und E. Jundt 1975 in einer untersuchung mit 1 486 probanden fest, dass 85 % gegen die dudenregeln 236/237 verstiessten (zusammentreffen von drei gleichen mitlauten am beispiel «Balletttruppe»). Im gespräch ist in letzter zeit auch ein ersatz des «ß» durch «ss» (in einzelfällen evtl. durch «s»), so wie dies in der Schweiz seit 1938 schulüblich ist.

Eine «grosse» reform, die neue schriftzeichen schaffen und die probleme der schärfung und dehnung u. a. mitlösen sollte, wird heute kaum noch angestrebt. Die bisherige rechtschreibung soll nach einer umstellung lesbar bleiben und weiterhin von allen verwendet werden, die sich nicht mehr umstellen möchten.

Pro und kontra in der presse

Trotz dieser massvollen reformvorstellungen zogen die neuerer inzwischen wortgewaltigen zorn auf sich. Sie werden u. a. als «Halbanalphabeten, Bildungsunfähige, Verschwörer, Orthographie-Revoluzzer, Attentäter» diffamiert. Selbst der «Untergang des Abendlandes» wird durch die kleinschreibung der substantive gefördert, so war am 30. November 1975 im wiener «Kurier» zu lesen.

Recht eindrucksvoll hört sich auch der ruf von kleinschreibgegnern nach wissenschaftlichen untersuchungen an. Dabei liegen aufschlussreiche untersuchungsergebnisse zur lesbarkeit der kleinschreibung teilweise seit langem vor (u. a. von Burkensrode, Burckhardt, Chr. Winkler, L. Kötter und U. Grau, H. Haberl, R. Giersdorf und U. Benker usw.), werden jedoch nur selten zur kenntnis genommen. Stattdessen finden theoretische gegenargumente und «der verfolgte floh» gehör, die vielfältigen praktischen erfahrungen mit der vereinfachten rechtschreibung werden dagegen ignoriert.

Neuerdings operieren die kleinschreibgegner nun mit einer «vereinfachten grosschreibung». Dies klingt zwar einleuchtend, doch praktische versuche zeitigten zusätzliche spitzfindigkeiten. Interessenten können gegen rückporto eine textprobe in gemässigter kleinschreibung und in Wüsters «vereinfachter grossschreibung» erhalten bei der «informationszentrale rechtschreibreform», Mörikeweg 4, 7717 Immendingen/Donau.

Reformfreude in der Schweiz

Trotz hitziger diskussionen zeichnen sich seit 1972 wesentliche fortschritte auf dem weg zur rechtschreibreform ab. In der Schweiz berief das departement des innern 1972 einen vorberatenden ausschuss, und 1974 fand eine anhörung der interessierten verbände statt. Schon 1972 hatte das institut SCOPE (Luzern) bei einer repräsentativumfrage nur 17% unter den deutschschweizern ermittelt, die bei der kleinschreibung «auf keinen fall» mitmachen würden. Sperry Univac erhielt 1974 über 84 % zustimmende urteile zur substantivkleinschreibung. Die mit spannung erwartete umfrage des dachverbandes der lehrerschaft (koslo)

brachte sogar 87 % positive antworten zur rechtschreibreform.

Inzwischen sind die schweizer zur tat geschritten. Bereits drei gemeindeverwaltungen (Ostermundigen, Wyssachen und Binningen) haben die kleinschreibung eingeführt. Selbst die konferenz der kantonalen erziehungsdirektoren (sie kann mit der bundesdeutschen KMK verglichen werden) sprach sich am 18. September 1975 grundsätzlich und ohne gegenstimme für eine reform der deutschen rechtschreibung aus. Seit über 50 jahren besitzen die schweizer reformfreunde im bund für vereinfachte rechtschreibung (BVR) eine plattform für ihre bemühungen.

Österreichs kommission für die reform

In Österreich berief der zuständige bundesminister für unterricht und kunst die «Österreichische Kommission für die Orthographiereform» ein, die dann anfang januar 1973 ihre arbeit wieder aufnahm. Unterkommissionen wurden gebildet und wissenschaftliche untersuchungen durchgeführt. Am 16. juni 1976 beendete die kommission die jahrelangen beratungen mit der schlussabstimmung. 23 der 34 experten setzten die *gemässigte kleinschreibung* auf den ersten, keiner setzte sie auf den vierten platz. Die *absolute kleinschreibung* erhielt u. a. zweimal den 1. und 16 mal den 2. platz, bei der *gegenwärtigen grossschreibung* fielen die 4 ersten und die 19 dritten plätze auf, und die *vereinfachte grossschreibung* musste sich 19 mal mit dem letzten platz begnügen. (Die «izr» versendet auf wunsch die vollständigen abstimmungsergebnisse.)

In Österreich koordiniert die gesellschaft für sprachpflege und rechtschreiberneuerung die reformbestrebungen. Sie führte ende 1973 den «wiener kongress zur reform der deutschen rechtschreibung» durch, zu dem interessenten aus den vier deutschsprachigen staaten gekommen waren.

Neues aus der DDR

Aus der DDR war bisher recht widersprüchliches zur frage der rechtschreibreform berichtet worden. So befürwortend die DDR die vorschläge von Wiesbaden aufgenommen hatte, so verschwiegen war sie später über ihre diesbezüglichen pläne. Zu beginn

des jahres 1976 erreichte nun die erste umfassende untersuchung zur rechtschreibreform aus der DDR den internationalen arbeitskreis für deutsche rechtschreibung. Als verfasser zeichnet dr. sc. Dieter Nerijs, der 1973 als beobachter am kongress in Wien teilnahm. Nerijs gibt der gemässigten kleinschreibung «am ehesten die Chance, auch tatsächlich verwirklicht zu werden». Nach ausführungen im börsenblatt vom 25. mai 1976 habe die DDR «ausserdem zugesagt, zu einem geplanten Symposium der deutschsprachigen Länder über Fragen der Rechtschreibreform in Bonn zwei eigene Vertreter zu entsenden».

Viele initiativen in der BR Deutschland

In der BR Deutschland lassen sich die aktivitäten kaum noch zählen. An vielen orten bestehen initiativen für die durchführung der rechtschreibreform. Doch da letztlich niemand die aktivität für diese veränderung zu seinem hauptberuf machen kann, können nur wenige gruppen durch den einsatz ihrer mitglieder am leben erhalten werden. Als beständig hat sich bisher die 1972 gegründete bürgerinitiative «aktion kleinschreibung e.v.» in 7200 Tuttlingen erwiesen, deren forderungen sich bisher über 50 000 personen, darunter etwa 25 000 lehrer und hochschul-lehrer, schriftlich angeschlossen haben.

An einem vom arbeitskreis grundschule e.v. 1973 in Frankfurt durchgeführten treffen von rechtschreibreformern nahmen nicht nur die vertreter der reformvereine und offizielle beobachter teil. Die resolution wurde auch durch repräsentanten vom bundesdeutschen «Arbeitskreis für Rechtschreibregelung» (prof. dr. Grebe), vom «Institut für deutsche Sprache» (dr. Hoberg), vom «Arbeitskreis Grundschule e.v.» (prof. Schwartz, prof. Warwel, prof. dr. Haarmann) und vom 1. vorsitzenden der GEW in der BRD (Erich Frister) unterzeichnet.

Überwältigende abstimmungsergebnisse für die reform der deutschen rechtschreibung erbrachte der 1973 von der lehrergewerkschaft GEW, dem «Verband Deutscher Schriftsteller» und dem PEN-zentrum in der BRD gemeinsam durchgeführte kongress «vernünftiger schreiben». Ebenfalls 1973 befürworteten auch die kultusminister der länder einstimmig die reform. 1974 folgte der

bisher noch nicht verwirklichte beschluss über die einsetzung einer neuen expertenkommission, und am 10./11. juni 1976 beauftragten die kultusminister den KMK-präsidenten Hahn, «im Einvernehmen mit der Bundesregierung alsbald Gespräche mit den deutschsprachigen Nachbarländern mit dem Ziel einer verstärkten Zusammenarbeit für ein gemeinsames Vorgehen bei der Reform der deutschen Rechtschreibung aufzunehmen.»

In fachkreisen fanden die stellungnahmen der germanistentage von 1973 und 1976, die des börsenvereins, der gesellschaft für deutsche sprache und der fachschaft deutsch in Nordrhein-Westfalen besondere beachtung. Der bundesparteitag der FDP plädierte am 2. oktober 1974 für die einföhrung der gemässigten kleinschreibung als erstem schritt einer allgemeinen reform. Eingeleitet wurde das jubiläum der hundert-jährigen rechtschreibreformbestrebungen durch eine tagung des 1973 gegründeten «internationalen arbeitskreises für deutsche rechtschreibung», die vom 1. bis 4. januar 1976 in Immendingen/Donau stattfand. Die delegierten aus dem in- und ausland analysierten die vorliegenden entwürfe aus den deutschsprachigen staaten und stellten eine weitgehende übereinstimmung der reformvorschläge zur gemässigten kleinschreibung und anderen vereinfachungsvorschlägen fest.

Die praktische durchführung der reform

Zu einem überstürzten einföhren der neuen rechtschreibung kann es kaum kommen. Neben den zentraleren instanzen in Österreich und der DDR sind bei uns neben dem innenministerium noch 11 kultusministerien und in der Schweiz u. a. die 21 deutschsprachigen kantone an der entscheidung beteiligt. Wenn diese dann einmal getroffen sein sollte, so dürfte die allgemeinheit nach ansicht der reformer nicht zur verwendung der neuen rechtschreibung gezwungen werden. Die erleichterungen kämen zunächst den schulanfängern zugute und fänden dann allmählich immer mehr verwendung. Dass dieser weg möglich ist, zeigte sich 1948 in Dänemark. Dort war nach ebenfalls sehr heftigen diskussionen die gemässigte kleinschreibung in schulen und bei behörden ein-

geführt worden. Sie setzten sich durch, ohne zu einem kulturbruch oder zu den befürchteten finanziellen belastungen der verlage zu führen. Laut Gallup-umfragen schrieben 1968 noch 36 % der bevölkerung in der alten rechtschreibung, die heute annähernd verschwunden ist.

Privat muss heute niemand mehr auf die vereinfachte schreibweise verzichten. Privatpersonen, firmen, zeitschriften, vereinigungen u. a. sind inzwischen mit erfolg zur neuen rechtschreibung übergegangen. Sie können mit dem verständnis breiter bevölkerungskreise rechnen, hat doch das demoskopische institut in Allensbach 1973 nur

noch 23 % kleinschreibgegner ermittelt. Diese entwicklung ist eine voraussetzung für die verwirklichung der reform, wie die antwort des sekretariats der kultusministerkonferenz an die «aktion kleinschreibung e.v.» vom 7. juli 1972 beweist: «Voraussetzung (für die rechtschreibreform – anm. des verf.) ... wäre eine breitere Bewusstseinsentwicklung in der Öffentlichkeit, welche sodann eine staatliche Entscheidung gleichsam als letzten Akt nach sich ziehen könnte ...» Die reform der deutschen rechtschreibung erfolgt also nicht nur durch einen hoheitsakt von oben, sondern auch durch die täglich geübte praxis des lesens und schreibens.

Umschau

Zur Erinnerung an Rektor P. Dr. Ludwig Räber, Einsiedeln

Am 6. August kam vom Eidgenössischen Politischen Departement die Meldung ins Kloster Einsiedeln, dass bereits zwei Tage zuvor bei einer Wanderung auf der Isola di Vulcano Rektor P. Dr. Ludwig Räber das Opfer eines Unfalls geworden sei. In der Todesanzeige hiess es dann knapp und kurz: «Aus unserm Gotteshause starb am 4. August im Frieden Christi unser Mitbruder P. Ludwig (Johann) Räber OSB, von Küssnacht. Er stand im 65. Jahre seines Lebens, im 39. seiner Ordensprofess, im 36. seines Priestertums.» So knapp diese Daten sind, umschliessen sie doch das reiche und vielgestaltige Leben eines heimatverbundenen Schwyzers, treuen Mönchs, bedeutenden Wissenschafters und edlen Erziehers.

Der Schwyzer aus Küssnacht

Hans Räber wurde am 13. Januar 1912 im eben neubauten Vaterhaus «Dorfhalde» in Küssnacht als Sohn des Regierungsrates Dr. Joseph Räber und der Josephine Rösle geboren. Von beiden, Vater und Mutter, hat der jüngste der sechs Räber-Buben viel ins Leben mitbekommen: vom Vater die «Geradheit und Lauterkeit der Gesinnung», den Eifer zum restlosen Einsatz und den Arbeitsfleiss, von der Mutter die Seelentiefe, den frommen Sinn.

Der Vater des verstorbenen Einsiedler Rektors war Jurist, Regierungsrat, Landammann des Standes Schwyz von 1908 bis 1910, Ständerat von 1915 bis 1927 (Präsident 1921), 1919–1924 Ersatzmann des Bundesgerichts und von 1927 bis zu seinem Tode 1934 Direktor des Büros des

Weltnachrichtenvereins in Bern. Über seine Grosseltern war Pater Ludwig verwandt mit der bekannten Schwyzer Familie der von Reding. Herkunft und Veranlagung erklären des Heimgegangenen Liebe zur Geschichte. Diese Hineigung, aber auch die weite Bildung, liessen ihn zum Verfasser der Biographie seines eigenen Vaters werden, einem Werk, das dem Leser mehr als nur Erinnerungen an eine grosse Persönlichkeit bietet, sondern Einblicke in die politische Geschichte des Kantons Schwyz während der ersten 40 Jahre dieses Jahrhunderts tun lässt.

Hans Räber durchlief die Schulen seines Heimatortes und kam dann 1924 an die Klosterschule Einsiedeln, wo er 1932 mit einer runden Sechs die Maturitätsprüfung ablegte. Obwohl er schon bei der Reifeprüfung Theologie als sein Studienziel angegeben hatte, wandte er sich zuerst nach der belgischen Stadt Leuven, um an der dortigen Universität Philosophie zu studieren. Nach weiteren Studien in Wien doktorierte er 1936 in Leuven.

Der Mönch P. Ludwig

Ehe Hans Räber sich entschloss, Benediktiner zu werden, leistete er der Heimat seinen Dienst als Soldat. Er wurde bei den Schwyzer Sechsendachzignern Korporal und danach Wachtmeister. Seinen Kameraden blieb auch Pater Ludwig, der sich 1937 mit der Profess dem Kloster und dem Orden angelobte, stets treu verbunden.

Im Fraterstock war Hans Räber Senior und hatte damit neben dem Pater Novizenmeister die Klosterkandidaten zu führen. Seinen Klostersnamen erhielt er als Angebinde seines jung verstorbenen Mitbruders Ludwig Stutz.

Am 7. Juni 1941 wurde P. Ludwig Räber zum Priester geweiht. Ihm war zeit seines Lebens die Ordensdevise «Ora et labora» Richtschnur in all seinem Tun. Neben seiner Tätigkeit als Lehrer